

Niemand kann sinnvollerweise von 6 Uhr früh bis 21 Uhr verkaufen.

Auf der anderen Seite stehen weiterhin die Verbraucherverbände und bezeichnen flexible Öffnungszeiten der Geschäfte als wesentliches Anliegen der Verbraucher. Diese Position ist nicht unbegründet, allerdings entspricht sie den Bedürfnissen von nur etwa fünf Prozent der Verbraucher, wie frühere Experimente mit verlängerten Öffnungszeiten und Meinungsbefragungen gezeigt haben. Jedoch dürfte für diesen Personenkreis keine grundsätzliche Änderung der Ladenschlußregelung erforderlich werden.

Der bessere Weg wären gezielte Ausnahmeregelungen — wie sie auf Bahnhöfen und Flughäfen oder sonntags für Bäckereien und Blumenhandlungen bestehen. Die SPD-Fraktion wird daher zusammen mit dem zuständigen Arbeitsminister prüfen, wo solche gezielte Ausnahmeregelungen die Einkaufsprobleme von Mitbürgern mit besonders ungünstigen Zeitbelastungen besser lösen können.

F.D.P.: Notwendiger Ausgleich der Interessen

Für die F.D.P. nimmt die Abgeordnete Mechthild von Alemann Stellung:

Bei zunehmender Erwerbstätigkeit von Hausfrauen wird das Problem der Ladenschlußzeiten immer aktueller. Durch die starren Ladenschlußzeiten werden berufstätige Hausfrauen und Alleinstehende gezwungen, ohne Zeit für Preisvergleiche da einzukaufen, wo viele Artikel auf engem Raum angeboten werden, also zum Beispiel in Supermärkten auf der grünen Wiese oder in Warenhäusern. Die Möglichkeit, am Wohnort in mittelständischen Geschäften einzukaufen, wird durch lange Wege vom Arbeitsplatz fast unmöglich gemacht. Das Einkaufen wird zur Plage. Das kann nicht im Sinne einer aufgeklärten Verbraucherpolitik und im Sinne des mittelständischen Einzelhandels sein.

Die F.D.P.-Fraktion setzt sich dafür ein, daß Modellversuche mit flexiblen Ladenschlußzeiten durchgeführt werden. Dadurch sollen endlich einmal verwertbare Grundlagen für die Diskussion über eine Änderung des „faulen“ Kompromisses des Ladenschlußgesetzes von 1956 geschaffen werden. Die bisherigen Untersuchungen berücksichtigen nicht, daß berufstätige Frauen und Jugendliche eine Möglichkeit zum ruhigen Einkaufen haben müssen.

Den Versuch stellen wir uns so vor: In einem Stadtgebiet oder in einer Gemeinde erhalten die Läden die Möglichkeit, an bis zu fünf Abenden der Woche über 18.30 Uhr hinaus geöffnet zu halten. Die gesetzliche Gesamtöffnungszeit wird nicht verändert. Die nach 18.30 Uhr geleisteten Arbeitsstunden des Arbeitnehmers sollen durch früheren Dienstschieß oder späteren Dienstbeginn an anderen Tagen ersetzt werden. Der Ausgleich kann auch — entsprechend der Regelung für Friseure — durch Schließen der Geschäfte an einem bestimmten Wochentag erreicht werden.

Es geht nicht darum, dem Einzelhandel und seinen Mitarbeitern unzumutbare Lasten aufzubürden, sondern darum, eine für alle befriedigende Lösung des Problems zu finden.

Porträt der Woche

„Wenn man noch an zwei oder drei Tagen in der Woche im ‚Blaumann‘ an der Drehbank steht, dann bekommt man von den Kollegen nicht nur Tips, sondern man muß auch sehr viel Kritik einstecken.“ Der das sagt, heißt Heinz Chmill, wurde vor 60 Jahren im sauerländischen Plettenberg geboren, wohnt noch heute nur 80 Meter von seinem Geburtshaus entfernt und vertritt diese Region seit 1966 im nordrhein-westfälischen Landtag als im Wahlkreis 128 Lüdenscheid I direkt gewählter Abgeordneter der SPD. Er ist, wie das Zitat belegt, einer der wenigen Arbeiter, die diesen im industriereichen Nordrhein-Westfalen nicht gerade schwach entwickelten Stand im Parlament und auch in dessen Präsidium repräsentieren.

Zur SPD, der schon sein aus Westpreußen in das Sauerland eingewanderter Vater angehörte, stieß der gelernte Werkzeugschlosser 1947. Seitdem ist er auch Mitglied der mächtigen IG Metall. Wie viele seiner Generation hatte Chmill nach acht Soldaten- und Kriegsjahren 1945 „erst einmal die Nase voll“. Aber dann erkannte er, „daß man etwas tun muß“. Er handelte damals nach dieser Erkenntnis, und auch heute könnte sie noch als Motiv für sein politisches Engagement gelten. Denn er bekennt frei und offen, daß ihn die politische Praxis mehr reizt als die theoretische Diskussion.

An der Werkbank der Firma, der er nun schon mehr als 25 Jahre angehört, machte Chmill auch eine Erfahrung, die manchem Abgeordneten nicht gerade wie Musik in den Ohren klingen dürfte: „Landespolitik läßt sich vor Ort nur schwer verkaufen.“ Selbst die Gebietsreform hat die Gemüter nicht so sonderlich erregt, wie mancher in Düsseldorf glauben mochte. „Da hat der Fall Meyfarth viel mehr Staub aufgewirbelt.“ Nein, der Landespolitiker Chmill muß bei den Kollegen an der Werkbank den Buckel hinhalten für „große, schlagzeilenträchtige Politik“ und versucht dann, schnell erzeugte oder schon lange vorhandene Vorurteile abzubauen und über Sachverhalte und Zusammenhänge aufzuklären. „Meistens gelingt das auch“, freut er sich.



Heinz Chmill (SPD)

Gesunden Sinn für das Praktische offenbart Chmill bei der Belegung der Arbeitsfelder der Landespolitik. Hielt er in den Zeiten der Gebietsreform in den dafür zuständigen Ausschüssen „die Finger drin“, so hat er sich in dieser Legislaturperiode den Finanz- und den Verkehrsausschuß des Parlaments als Schwerpunkte seiner Abgeordnetentätigkeit ausgesucht. Er weiß warum: Zu Hause sitzt er dem Aufsichtsrat eines kommunalen Nahverkehrsunternehmens vor. Deshalb ist für ihn klar, daß auf dem Gebiet des Nahverkehrs sich „einiges tun wird“, daß Fusionen ins Haus stehen, schwierige finanzielle Probleme einer Lösung harren. Auch die Sozialtarife gilt es in diesem Zusammenhang zu bedenken: „Höchstens 75 Prozent des Normaltarifs“.

In einer Zeit, in der manche die Fehler der Vergangenheit am liebsten ignorieren, scheint der bedächtige Westfale Chmill eher bereit zu sein, aus der Vergangenheit und ihren Fehlern zu lernen: „Als Parlamentsneuling ging ich in den Rechnungsprüfungsausschuß. Da lernt man schneller, was geht und was falsch ist.“ Und auch ein kommunales Mandat sollte ein Landespolitiker ruhig behalten: „Da erkennt man schneller, wie die eigenen Entscheidungen sich auswirken.“

So hält er es. Obwohl er der Bürgermeister- und Landratswürde entsagt hat und nur „einfacher“ Abgeordneter ist, bleibt nicht viel Zeit für Privates: Garten, Schwimmen, Lektüre und Reisen, am liebsten nach Tunesien. Von dort hat er — Vater von zwei eigenen Kindern — vor Jahren einen Jungen mitgebracht („der sagt heute Vater zu mir“) und ihm zu Berufsausbildung und Stellung verholten.

Karl Lohaus